

## Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 21. Februar 2019

### Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

### Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

### Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

### Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in

### Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzliche Änderungen zum Jahreswechsel 1
2. Arbeitsrecht: EuGH zur Auslegung des § 7 III BUrlG (Verfall von Urlaub) 1
3. Verwaltungsrecht: Polizist darf sich nach BayVGH nicht im sichtbaren Bereich tätowieren lassen 2
4. Mietrecht: BGH verneint bei älteren Wohnungen Mietminderung für aufgrund von Wärmebrücken bestehende Schimmelpilzgefahr 2
5. Wettbewerbsrecht: Mietwagen-App "UBER Black" ist nach BGH unzulässig 2
6. Arbeitsrecht: BAG zur Urlaubsabgeltung beim Tod des Arbeitnehmers im laufenden Arbeitsverhältnis 2
7. Arbeitsrecht: Sachgrundlose Befristung nach BAG bei Vorbeschäftigung unzulässig 3

### Gesetzliche Änderungen zum Jahreswechsel

Zum 01.01.2019 sind zahlreiche gesetzliche Neuregelungen in Kraft getreten. In ihrer Mitteilung vom 27.12.2018 gibt die Bundesregierung einen Überblick darüber, was sich im Jahr 2019 ändert. ...

*Quelle: Die Bundesregierung*

[mehr](#)

[nach oben](#)

### Arbeitsrecht: EuGH zur Auslegung des § 7 III BUrlG (Verfall von Urlaub)

Mit Urteilen vom 06.11.2018 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass das Unionsrecht es nicht zulässt, dass ein Arbeitnehmer die ihm gemäß dem Unionsrecht zustehenden Urlaubstage und entsprechend seinen Anspruch auf eine finanzielle Vergütung für den nicht genommenen Urlaub automatisch schon allein deshalb verliert, weil er vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses (oder im Bezugszeitraum) keinen Urlaub beantragt hat. ...

*Quelle: Gerichtshof der Europäischen Union*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Verwaltungsrecht: Polizist darf sich nach BayVGH nicht im sichtbaren Bereich tätowieren lassen**

Mit Urteil vom 14.11.2018 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) entschieden, dass ein Polizeivollzugsbeamter nicht berechtigt ist, sich am Unterarm mit einem verzierten Schriftzug, der das Wort „aloha“ erkennen lässt, tätowieren zu lassen. ...

*Quelle: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Mietrecht: BGH verneint bei älteren Wohnungen Mietminderung für aufgrund von Wärmebrücken bestehende Schimmelpilzgefahr**

Mit Urteilen vom 05.12.2018 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass Wärmebrücken in den Außenwänden nicht als Sachmangel einer Mietwohnung anzusehen sind, wenn dieser Zustand mit den zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes geltenden Bauvorschriften und technischen Normen in Einklang steht. ...

*Quelle: Bundesgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Wettbewerbsrecht: Mietwagen-App "UBER Black" ist nach BGH unzulässig**

Mit Urteil vom 13.12.2018 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass die Vermittlung von Mietwagen über die App "UBER Black" unzulässig ist. Dies wurde darauf gestützt, dass die Verwendung der beanstandeten Version dieser App gegen § 49 IV 2 PBefG verstößt. ...

*Quelle: Bundesgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Arbeitsrecht: BAG zur Urlaubsabgeltung beim Tod des Arbeitnehmers im laufenden Arbeitsverhältnis**

Mit Blick auf zwei EuGH-Urteile vom 06.11.2018 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom 22.01.2019 klargestellt, dass in Fällen, in denen das Arbeitsverhältnis durch den Tod des Arbeitnehmers endet, dessen Erben nach §

1922 I BGB in Verbindung mit § 7 IV BUrlG Anspruch auf Abgeltung des vom Erblasser nicht genommenen Urlaubs haben. ...

*Quelle: Bundesarbeitsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Arbeitsrecht: Sachgrundlose Befristung nach BAG bei Vorbeschäftigung unzulässig**

Mit Urteil vom 23.01.2019 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter Korrektur seiner bisherigen Rechtsprechung entschieden, dass die sachgrundlose Befristung eines Arbeitsvertrags nach § 14 II 2 TzBfG nicht zulässig ist, wenn zwischen dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bereits acht Jahre zuvor ein Arbeitsverhältnis von etwa eineinhalb Jahren Dauer bestanden hatte, das eine vergleichbare Arbeitsaufgabe zum Gegenstand hatte. ...

*Quelle: Bundesarbeitsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---